

[Das Neueste](#) [Wirtschaftspolitik](#) [Grüne Politik](#) [Kalender](#) [Über mich](#) [Service](#)10  
Nov  
14

## Anlegerschutz mit Folgen für bürgerschaftliches Engagement

Vor dem Hintergrund der jüngsten Anlageskandale und Pleiten auf dem Grauen Kapitalmarkt plant die Bundesregierung Änderungen beim Anleger- und Verbraucherschutz. Im Kern sollen sogenannte Nachrangdarlehen künftig reguliert werden. Soweit so gut und im Grundsatz ist das auch zu begrüßen.

Es gibt aber einen Haken an der Sache. Nachrangdarlehen werden häufig auch von Unternehmen der solidarischen Ökonomie, also von nachbarschaftlichen Wohnprojekten, freien Schulen, Energiegenossenschaften, Kultureinrichtungen und Dorfläden genutzt, um ihre Projekte zu finanzieren.

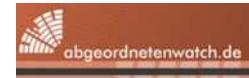
Mit dem geplanten **Kleinanlegerschutzgesetz** sind sie nun in ihrer Existenz bedroht, da auf sie hohe Hürden und finanzielle Belastungen zukommen können. Beispiel Prospektpflicht: Für die Erstellung eines umfangreichen Verkaufsprospekt kommen schnell mehrere 10.000 Euro an Kosten zusammen. Und mit den geplanten Werbe einschränkungen dürfte beispielsweise der örtliche Bioladen nur noch in Wirtschaftszeitungen, wie dem Handelsblatt inserieren - kaum die geeignete Zielgruppe dafür.

Aus diesem Grund habe ich heute einen Brief an den zuständigen Bundesjustizminister Heiko Maas geschrieben und um Änderungen im Gesetzesentwurf gebeten. Wir brauchen Ausnahmen und wir brauchen eine vernünftige Balance zwischen berechtigtem Anlegerschutz auf der einen und Förderung der solidarischen Ökonomie auf der anderen Seite.

[Schreiben an Bundesminister Heiko Maas](#)

Suchbegriff  suchen

Feed abonnieren

[Wirtschaftspolitik](#)[zurück](#)

